

## **A N T R A G**

der CDU-Landtagsfraktion  
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Respekt und Rückhalt für Sicherheits- und Rettungskräfte!

Der Landtag wolle beschließen:

Seit einigen Jahren steigt die Anzahl von gewaltsamen Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten. Auch im Justizvollzug nehmen Attacken und Drohungen gegenüber den Staatsbediensteten stetig zu. Eine neue Entwicklung ist, dass insbesondere auch ehrenamtlich tätige Rettungskräfte ebenfalls von solchen Ereignissen berichten. So hat es etwa in der Silvesternacht nicht nur mehrfach Attacken mit Böllern gegen Beamte gegeben. Als trauriger Höhepunkt wurde auch ein Rettungswagen der Berliner Feuerwehr mit Schusswaffen bedroht.

Das Saarland hat bereits 2015 zusammen mit Hessen Gesetzesanträge in den Bundesrat eingebracht, welche Strafverschärfungen bei Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte zum Inhalt hatten. Die 2017 vom Bundestag beschlossenen härteren Strafen in solchen Fällen sind ein Erfolg dieser Bemühungen. Allerdings kann nicht allein durch eine verbesserte Gesetzgebung die Problematik gelöst werden. Die Justiz muss nicht nur im Saarland, sondern deutschlandweit die angezeigten Straftaten vollständig verfolgen und alle gesetzlich gegebenen Möglichkeiten ausschöpfen. Auch brauchen die Betroffenen solcher Übergriffe die volle Unterstützung des Staates. Hier hat das Saarland durch die Einstellung von Mitteln zur Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen im Falle der Zahlungsunfähigkeit des Schädigers ein erstes wichtiges Zeichen gesetzt, denn so werden die Menschen geschützt, die alle anderen Menschen schützen und retten.

Neben materiellen Maßnahmen ist aber auch stärker über die positiven Dienstleistungen zu berichten, die von den Sicherheits- und Rettungskräften erbracht werden. Der Landtag des Saarlandes stellt sich daher hinter die Kampagne „Respekt, ja bitte!“. Denn Menschen, die für die Sicherheit der Allgemeinheit sorgen, brauchen neben dem Schutz des Staates auch den Respekt und den Rückhalt in der Bevölkerung. Zur Solidarität mit den Helfern gehört auch, dass Augenzeugen strafrechtlich relevante Übergriffe melden oder sich zur Aussage stellen, denn eine höhere Zivilcourage in diesem Sinne ermöglicht erst die Durchsetzung der verbesserten Gesetzeslage. Die Kampagne kann so nochmals verdeutlichen, dass Gewalt gegen Sicherheits- und Rettungskräfte kein Kavaliersdelikt ist und die volle Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft hat.

### **B e g r ü n d u n g :**

Erfolgt mündlich.

Ausgegeben: 11.01.2018